Artikel vom 24.07.2019 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 01:33 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/debatten-der-vergangenheit

Debatten der Vergangenheit



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

In der Städteregion Aachen ist die Rinderseuche BHV1 in drei Betrieben festgestellt worden. Das entfacht erneut die Diskussion um den Sinn von Impfung oder Sanierung. Weil auf Sicht keine Änderung der geltenden Gesetzeslage zu erwarten ist, darf der Blick für die Ursachen und die Quellen nicht zu kurz kommen.

Es ist gerade einmal zwei Jahre her, dass Nordrhein-Westfalen den Status frei von der Rinderseuche BHV1 (Bovines Herpes-virus) erhalten hat. Damals wurden die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf als letzte Regionen in Deutschland als frei anerkannt. Vorausgegangen waren Jahre zäher Diskussionen über warum und wie, bis Ende 2001 die Bekämpfung der Seuche zur Pflicht wurde. Der folgten dann Jahrzehnte kostenintensiver Sanierungen. Trotzdem treten immer wieder hier wie auch in anderen Teilen der Bundesrepublik neue Fälle auf. So wie aktuell in der Städteregion Aachen, wo bei drei Betrieben Antikörper gegen den Erreger nachgewiesen wurden; oder vor mehreren Monaten im Kreis Heinsberg; oder im April in einem Rindermastbetrieb in Schleswig-Holstein; oder im vergangenen Jahr in Hessen und Westfalen.

Dass immer wieder lokal Einzelfälle aufflammen, ist eines der zentralen Argumente von Gegnern der gegenwärtigen BHV1-Bekämpfung in Deutschland. Ein zweiter Vorwurf ist, dass der Status frei nur den Zuchtbetrieben etwas bringen würde. Reine Milcherzeuger würden nur die Rechnung für die Züchter mit begleichen. Dass jeder Milchviehhalter aber genauso von der Arbeit von Züchtern und Besamungsstationen profitiert, fällt dabei unter den Tisch. Es geht aber nicht nur um Zuchtvieh, das auf Auktionen aufgetrieben wird, es geht um jede einzelne Spermaportion, die den Produktionsbetrieben Fortschritt zugänglich macht; Fortschritt in der Milchleistung, aber auch bei für das Tierwohl relevanten Merkmalen wie Fitness oder Klauengesundheit. In der Breite der Population Hygiene- und Gesundheitsstandards preiszugeben, bedeutet sich davon abzuschneiden. Arbeitswirtschaft und Vorgaben der Düngeverordnung erfordern darüber hinaus zunehmend, die Aufzucht des Jungviehs auszulagern. Einschränkungen im Tierverkehr aufgrund von BHV1-Auflagen schränken die Möglichkeiten dazu ein. Damit ist die Freiheit von BHV1 durchaus auch erfolgskritisch für reine Melkbetriebe.

Natürlich lassen sich diese Aspekte leicht vom Tisch wischen und hinterfragen, ob heute angesichts von Diskussionen über Tierwohl und Nutztierethik das Töten von Tieren, wie es die BHV1-Verordnung vorsieht, noch zeitgemäß ist und ob es nicht andere Alternativen zum Impfverbot in anerkannt freien Gebieten gibt. Dafür müsste aber die geltende Verordnung geändert werden, und zwar so, dass sie im Einklang mit Europarecht steht. Die für Tierseuchen auf Bundes- oder Europaebene Zuständigen dürften dafür kaum ein offenes Ohr haben, solange auf ihrer Agenda andere Seuchen wie die Afrikanische Schweinepest (ASP) ganz oben stehen. Zumal sie sicher nicht dazu neigen, bei ASP und BHV1 zweierlei Maß anzulegen. Hinzu kommt ein weiterer Punkt, der gegen einen Schwenk in der generellen Bekämpfungsstrategie spricht. Die deutschen Rinderbestände sind mittlerweile zu über 98 % frei von dem Rinderherpesvirus. Da nicht geimpft werden darf, ist das Immunsystem dieser Tiere alles andere als auf eine Infektion vorbereitet. Die klinische Form der BHV1 verläuft zwar nur in seltenen Fällen tödlich. Wer allerdings vor dem Beginn der BHV1-Sanierung in den 1980er- oder Anfang der 1990er-Jahre einmal den Einbruch des Virus in einen ungeschützten Jungviehbestand erlebt hat, der weiß, dass die Leiden der Tiere durchaus tierschutzrelevante Dimensionen annehmen können.

Daher stellen in meinen Augen die aktuellen Fälle die bisherige Strategie der BHV1-Bekämpfung nicht infrage. Vielmehr sollte das Geschehen Anlass dazu sein, noch mehr Augenmerk auf die Biosicherheit im eigenen Betrieb zu legen und bisher vernachlässigte Eintragungswege stärker in den Blick zu rücken. Warum gerade die

Kreise Heinsberg oder die Städteregion Aachen im Rheinland oder der Kreis Borken in Westfalen immer mal wieder Neuinfektionen zu vermelden haben, mag vielleicht auch an der Grenznähe liegen. Wenn womöglich unzureichend erhitzte Gülle von West nach Ost verbracht wird, wenn der belgische Tierarzt auch hiesige Bestände aufsucht oder der grenzüberschreitende Spaziergänger auf der niederländischen Weide in einen Kuhfladen tritt, um sich später die Schuhe auf der deutschen Seite im Gras abzuwischen, reist womöglich auch das Virus mit. Statt Debatten, die bereits vor Jahren geführt wurden, wieder aufleben zu lassen, sollten sich Landwirte, Verbände und Behörden auf die Suche nach den Schlupflöchern machen. damit hier Sicherheit besteht und Viren nicht visafrei durch Europa vagabundieren.